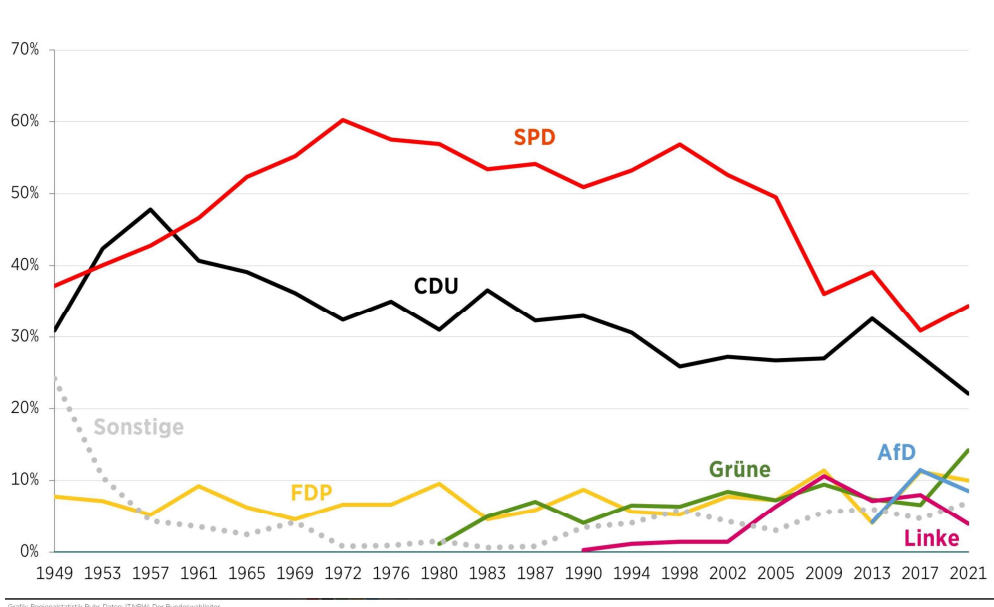


Newsletter – Ausgabe Nr. 4

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Leserinnen und liebe Leser,

unser Wahlergebnis zur Bundestagswahl ist mehr als ernüchternd. Nicht nur im Bund oder in NRW, sondern auch im Ruhrgebiet ist DIE LINKE weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben und hat es nicht geschafft, an die Ergebnisse der Bundestagswahl von 2017 anzuknüpfen.

Wie sich die Entwicklung unserer Wahlergebnisse seit 1990 insgesamt darstellt, veranschaulicht die von der Regionalstatistik des Regionalverbandes Ruhr (RVR) aufbereitete Übersicht zu den Bundestagswahlergebnissen im Ruhrgebiet seit 1949.



Mehr als jede*r vierte Wahlberechtigte im Ruhrgebiet (über 26 %) hat nicht an der Bundestagswahl teilgenommen. Die Wahlbeteiligung liegt mit 73,6 Prozent in der Region unter dem Bundesdurchschnitt, der bei 76,6 % liegt. Mit 3,9 % der Zweitstimmen fiel unser Ergebnis deutlich schlechter aus, als auf Bundesebene. Im Vergleich zur letzten Wahl entspricht dies einem Verlust von 4,1 Prozentpunkten. Wir haben nur in einem einzigen Wahlkreis die 5 %-Hürde „übersprungen“.

Unsere Hochburg (wenn man bei diesem Ergebnis überhaupt davon sprechen kann) liegt im Wahlkreis 140 Bochum I bei 5,4 % der Zweitstimmen (2017: 10,2 %). Das schlechteste Ergebnis erzielten wir in den Wahlkreisen 122 Recklinghausen II und 125 Bottrop - Recklinghausen III. Hier lagen wir bei 3 % (2017: 6,6 % bzw. 6,8 %).

Damit bleiben wir in allen Wahlbezirken unter dem schlechtesten Ergebnis der AfD, dass im Wahlkreis Essen III 5,5% beträgt.

Die höchsten Prozentpunkte hat DIE LINKE in NRW im Wahlkreis Köln II mit 6,4 % erhalten.

Ein Wahlergebnis, welches viele Fragen aufwirft, die es zu diskutieren gilt, auch mit Blick darauf, dass die DIE LINKE im Verbandsgebiet, um so viel schlechter abgeschnitten hat, obwohl wir in 2017 im Vergleich zu 2013 sogar Zugewinne erzielt hatten. Der Landesvorstand lädt im Rahmen von Regionalkonferenzen zur Auswertung der Wahlen ein.

Übersicht über die Wahlergebnisse in den einzelnen Wahlbezirken im Vergleich 2021 zu 2017

Die konkreten vorläufigen Ergebnisse in den einzelnen Wahlbezirken könnt ihr der Tabelle entnehmen, erarbeitet durch das Referat Statistik des RVR auf der Grundlage der Zahlen von It.NRW. Die Vergleichbarkeit der Daten ist gegeben, da eine Umrechnung der Wahlkreiszuschnitte stattgefunden hat.

| Zweitstimmen Die LINKE Wahlkreis | Bundestagswahl 2021 | | Bundestagswahl 2017 | |
|---|------------------------|---|------------------------|---|
| | Zweitstimmen (absolut) | Anteil an allen gültigen Zweitstimmen (%) | Zweitstimmen (absolut) | Anteil an allen gültigen Zweitstimmen (%) |
| 113 Wesel I | 5.103 | 3,2 | 10.637 | 6,7 |
| 114 Krefeld II – Wesel II | 4.703 | 3,6 | 10.090 | 7,6 |
| 115 Duisburg I | 5.580 | 4,7 | 10.369 | 8,7 |
| 116 Duisburg II | 4.508 | 4,6 | 8.546 | 8,4 |
| 117 Oberhausen - Wesel III | 5.613 | 3,9 | 12.373 | 8,3 |
| 118 Mülheim - Essen I | 4.494 | 3,2 | 10.546 | 7,4 |
| 119 Essen II | 4.525 | 4,3 | 9.524 | 8,7 |
| 120 Essen III | 6.097 | 4,0 | 12.574 | 8,3 |
| 121 Recklinghausen I | 4.238 | 3,5 | 8.970 | 7,3 |
| 122 Recklinghausen II | 4.084 | 3,0 | 9.201 | 6,6 |
| 123 Gelsenkirchen | 3.853 | 3,5 | 8.703 | 7,4 |
| 125 Bottrop - Recklinghausen III | 4.482 | 3,0 | 10.292 | 6,8 |
| 138 Hagen - Ennepe-Ruhr-Kreis I | 4.853 | 3,4 | 10.743 | 7,2 |
| 139 Ennepe-Ruhr-Kreis II | 5.029 | 3,7 | 11.092 | 8,1 |
| 140 Bochum I | 8.221 | 5,4 | 15.953 | 10,2 |
| 141 Herne - Bochum II | 5.035 | 4,1 | 10.860 | 8,6 |
| 142 Dortmund I | 7.566 | 4,9 | 15.506 | 10,0 |
| 143 Dortmund II | 6.361 | 4,5 | 12.924 | 9,1 |
| 144 Unna I | 5.154 | 3,5 | 10.313 | 6,9 |
| 145 Hamm - Unna II | 5.694 | 3,4 | 11.837 | 7,0 |
| RVR-Gebiet gesamt | 105.193 | 3,9 | 221.053 | 8,0 |

Verbandsversammlung verschiebt Regionalplandiskussion

Unmittelbar vor der Bundestagswahl, am Freitag, 24.9., hat die Verbandsversammlung des RVR stattgefunden. Der wichtigste Tagesordnungspunkt ist auf Antrag der CDU-Fraktion mit den Stimmen der Koalition abgesetzt worden: Der Beschluss über die zweite Offenlage des Entwurfs des Regionalplans Ruhr. Das war bereits im Verbandsausschuss klar geworden, in der es eine längere Debatte zu dem beabsichtigten „Verschiebebahnhof“ der Koalition gab. In dieser haben wir deutlich gemacht, dass wir handlungsfähig sind, eine Beschlussfassung darüber an uns nicht scheitern wird.

Vor zwei Jahren hat die damalige XXL-Koalition die damals von der Verwaltung gewollte Verschiebung der Offenlage des Regionalplans zum Anlass genommen, den unliebsamen grünen Planungsdezernenten abzuwählen. Diesmal sagten SPD und CDU gemeinsam, die Verschiebung in den Dezember bereite ihnen keine Probleme.

Mit diesem Vorgehen wurde einmal mehr deutlich, dass die große Koalition, getrieben von der CDU, vor allem Wirtschaftsinteressen im Blick hat und die weiteren Ansprüche an den Plan nur Makulatur sind, wie der Schutz der Umwelt und der Freiflächen. Denn mit der Verabschiedung des vorgezogenen Sachlichen Teilplans Regionale Kooperationsstandorte im Juni ist erst einmal der für die Große Koalition wichtigste Teil des Regionalplans unter Dach und Fach, die Festlegung der Kooperationsstandorte für Industrie und Gewerbe.

Außerdem konnte man sich so kurz vor der Bundestagswahl die erneute Auseinandersetzung um den Kiesabbau im Kreis Wesel sparen. Damit hat sich vor allem die in dieser Frage zerstrittene CDU allerdings ein Eigentor geschossen, denn nun beginnt die

Offenlage voraussichtlich im Januar 2022 und liegt damit genau im Landtagswahlkampf. Damit wird hoffentlich sichtbar werden, welche Auswirkungen das Entfesselungspaket der schwarz-gelben Landesregierung hat – weiterer erhöhter Flächenfraß, und das nicht nur bei der Ausweisung von Abbaugebieten für Kiese und Sand zu Lasten von Umwelt, Natur, Arbeits- und Lebensbedingungen vor Ort im Kreis Wesel!

Zur weiteren Erarbeitung unserer Positionen zum aktuellen Entwurf des Regionalplans Ruhr plant die Fraktion zu Beginn des Jahres 2022 eine Konferenz, die der Unterstützung der Arbeit vor Ort und insbesondere der Arbeit in den Räten und Kreistagen dienen soll. Einen ersten Auftakt gab es bereits mit unserer Großen Kiesradtour am 19.09.2021 in Rheinberg und Kamp-Lintfort.

Weiteres aus der 3. Sitzung der Verbandsversammlung

Haushalt des RVR eingebracht

Die Verwaltung hat in die Verbandsversammlung den Haushalt für 2022 eingebracht. Mit Einnahmen von rund 101,3 Mio. Euro und Aufwendungen in Höhe von 107,1 Mio. Euro im Jahr 2022 ist er im Vergleich zu den Großstädten im Ruhrgebiet sehr überschaubar. Der leicht erhöhte Hebesatz für die Umlage (0,0037 Prozentpunkte) führt zu Kritik durch die Kommunen. Dabei nimmt die Zahl der Projekte im Interesse der Kommunen bei kaum steigenden Erträgen stetig zu.

Im Rahmen der anstehenden Haushaltsgespräche mit der Regionaldirektorin und den Beigeordneten werden wir uns u.a. mit Fragen der Entfristung von Verträgen, der Fortführung der Sozialkonferenz, der Gestaltung der Revierparks, der Umsetzung von Projekten im Bereich Mobilität, Grüne Infrastrukturentwicklung, IGA 2027 auseinandersetzen. Eins steht aber für uns jetzt schon fest: Die Mittel für die unbefristete Fortsetzung der Standortmarketingkampagne, die sich an nationale und internationale Entscheider in der Wirtschaft richtet, werden von uns weiterhin nicht mitgetragen!

Endlich gibt es einen Public Corporate Governance Kodex des RVR

Nach dem die Beschlussfassung mehrfach geschoben wurde, hat die Verbandsversammlung die Richtlinie nun endlich verabschiedet. Die Fraktion DIE LINKE hat dazu einen Antrag eingebracht. Davon sind zwei Punkte angenommen worden, die SPD und CDU in einem eigenen Antrag wörtlich abgeschrieben hatten. Die Grüne-Fraktion hat alle Punkte unseres Antrags unterstützt. Nun muss der Kodex vor allem in den Gesellschaften gelebt werden.

Vorschlag zur Evaluierung der Standortmarketingkampagne vor Verlängerung des Agenturvertrages nicht gewollt

Die Standortmarketingkampagne verschlingt seit ihrem Start in 2017 jedes Jahr 3 Millionen Euro aus dem Haushalt des RVR, ist damit der größte Einzelposten. Vorzeigbare Ergebnisse, die Gewinnung von Entscheidern für die Region, die Ansiedlung von Unternehmen, die Schaffung von Arbeitsplätzen – bisher nicht nachweisbar. Nun hat die Verwaltung vorgeschlagen, vorzeitig den Vertrag mit der Agentur Scholz & Friends in Berlin um ein Jahr zu verlängern. Dazu hat die Fraktion DIE LINKE einen Änderungsantrag eingebracht. Vor einer möglichen Vertragsverlängerung sollten erst einmal die Ergebnisse und die Verwendung der Mittel evaluiert, die Aufgabenstellung und die Einbindung der Business Metropole Ruhr GmbH und der Ruhr-Tourismus GmbH präzisiert werden. Der stärkere Einsatz von Drittmitteln zur drastischen Senkung der Haushaltsmittel sollte geprüft werden.

Der Antrag erhielt nur die Zustimmung der FDP, die aus anderen Gründen als wir, der Kampagne auch stets kritisch gegenüberstand. Dass die Grünen die Fortführung dieser Kampagne befürwortete, weil die das Heimatgefühl stärke, hat uns dann doch gewundert, denn das war vor vier Jahren noch nicht ihr Anspruch und ist auch nicht der Anspruch der Kampagne ...

Transparenz zum Einsatz der knappen Haushaltsmittel des RVR für dieses Großprojekt sieht anders aus!

Besetzung des Arbeitskreises VRR-RVR-NWL – Linke auch vertreten

Olaf Jung wird uns weiterhin im Arbeitskreis des RVR mit den beiden Verkehrsverbänden VRR und NWL vertreten, in dem wesentlichen Fragen zur Verbesserung der Mobilität im Ruhrgebiet miteinander diskutiert werden. Möglich wurde dies über eine Listenwahl bei der unsere Liste mehr Stimmen erhielt, als die Liste der AfD-Fraktion, die damit draußen ist.

Sonstige Themen

Die Verbandsversammlung hat sich außerdem u.a. mit den Jahresabschlüssen der Beteiligungsgesellschaften beschäftigt und die Zustimmung zur Gründung der Durchführungsgesellschaft Manifesta 16 Ruhr gGmbH gegeben. Diese übernimmt die Vorbereitung

und Durchführung der Manifesta, der europäischen Wanderausstellung für zeitgenössische Kunst, die 2026 im Ruhrgebiet stattfinden wird. Verschiedene Städte im Ruhrgebiet werden dann zum „Ausstellungsort“ werden.

Pressemitteilungen

Nach wie vor viel offen beim RS 1 in Essen Zeitplanung ebenso unklar, wie Einhaltung der Radschnellwegstandards

3.09.2021

Der umfangreiche Fragenkatalog der Fraktion DIE LINKE im Regionalverband Ruhr (RVR) zum Bau der 83 Oberleitungsmasten auf der geplanten Trasse des RS 1 in Essen-Kray und zur Gesamtstrecke war am letzten Dienstag Thema in der Sitzung des Ausschusses für Mobilität des RVR. Die Antworten von Ahmed Karroum, Leiter der Regionalniederlassung Ruhr von Straßen NRW, und Sebastian Artmann, Projektleiter für den RS 1, sind aus Sicht der Fraktion DIE LINKE jedoch unbefriedigend.

„Nach dem Vortrag von Herrn Karroum ist nur klar, dass die Trassenführung des RS 1 im Abschnitt Essen-Kray trotz der Oberleitungsmasten durch die DB möglich ist, wenn die Trasse im Bereich der alten Oberleitungsmasten gebaut wird,“ so Wolfgang Freye, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im RVR und Mitglied des Planungsausschusses in Essen. „Dazu müssen die alten Oberleitungsmasten aber erst abgerissen werden ... Und wenn Herr Karroum im Ausschuss gleichzeitig davon spricht, dass man jetzt prüfen muss, ob die Standards für den RS 1 in diesem Abschnitt eingehalten werden können, ist das grotesk. Ein Radschnellweg, bei dem die Standards wie eine Breite von 7,50 Meter nicht eingehalten werden kann, ist kein ‚Schnellweg‘. Ebenfalls ungeklärt blieb die Frage, wie es überhaupt zu dem Planungsdurcheinander kommen konnte.“

Eine der grundsätzlichen Fragen der weiteren Planung der Trasse in diesem Abschnitt ist nach Straßen.NRW der Erwerb von Grund und Boden von der DB. Außerdem ist in Essen neben der großen Lücke in der Innenstadt und im Eltingviertel sowie im Osten nach wie vor offen, wie der bereits fertiggestellte Streckenabschnitt auf der Rheinischen Bahn in Essen endlich verbreitert werden und eine Asphaltdecke erhalten kann. Dazu gibt es bisher nur eine Anfrage bei der zuständigen Fachbehörde der Stadt.

Herbert Fürmann, Mitglied im Ausschuss für Mobilität der Fraktion DIE LINKE im RVR: „Dass Straßen NRW keine Aussage dazu treffen konnte, wann die Gesamtstrecke fertig gestellt werden könnte, ist unverständlich. Bei jedem Autobahnbauprojekt gibt es ja auch frühzeitig eine Zeitplanung. Dabei sind die Radrouten Bestandteil des Verkehrskonzeptes zur IGA 2027 ...“

Welterbe-Absage: Missachtung des Ruhrparlaments Entscheidung der Landesregierung klares Zeichen für fehlendes Interesse am Ruhrgebiet

26.08.2021

Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE im Regionalverband Ruhr (RVR) ist die Entscheidung der Landesregierung, die Bewerbung des Ruhrgebietes als Weltkulturerbe nicht als Vorschlag für die deutsche Tentativliste für UNESCO-Welterbestätten bei der Kultusministerkonferenz einzureichen, eine Missachtung des Ruhrparlaments und der Mehrheit der Kommunen.

„Es ist hanebüchen, wenn die Landesregierung nun von einer nur ‚fragmentarischen Unterstützung‘ für die Bewerbung spricht, obwohl die Verbandsversammlung des RVR am 25. Juni ein klares Signal gegeben hat und die Bewerbung des Ruhrgebietes als ‚Industrielle Kulturlandschaft Ruhrgebiet‘ mit deutlicher Mehrheit beschlossen hat,“ so Wolfgang Freye, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im RVR. „Und damit steht das Ruhrparlament nicht allein, denn 35 Kommunen und 4 Kreise haben ihre Zusage zu diesem nachhaltigen und keineswegs rückwärtsgewandten Gemeinschaftsprojekt der Region gegeben. Damit hat die Heimatministerin Ina Scharrenbach das von ihr geforderte klare Votum der Region auf dem Tisch. Ebenso falsch ist es, dass eine Überarbeitung der Bewerbung nicht machbar gewesen wäre. Die Ländervorschläge müssen nämlich erst im Oktober bei der Kultusministerkonferenz eingereicht werden. Die Entscheidung zeigt, dass das Land eine Bewerbung des Ruhrgebietes nicht wirklich gewollt hat. Dieses Vorgehen ist eine Missachtung gewählter Gremien und vieler Institutionen, die an der Erarbeitung der Bewerbung beteiligt sind, die ihres gleichen sucht!“

Die Bewerbung ist im Übrigen von namhaften internationalen Experten begrüßt worden. Sie stellt die Industriekultur und die Transformation alter Industriebauten in völlig neue Nutzungen in den Mittelpunkt. Gerade darin wird das Ruhrgebiet international anerkannt und hat etwas zu bieten ...

Alle vollständigen Pressemitteilungen und weitere Informationen sind unter [DIE LINKE. im RVR](#) zu finden.

DIE LINKE im Regionalverband RUHR (RVR) jetzt auch bei Facebook: @DieLinke.RVR

Wenn Sie das Abonnement beenden möchten, bitte eine Mail mit dem Betreff: „Abmeldung Newsletter“ an dielinke@rvr-online.de.

Impressum: DIE LINKE im RVR, Kronprinzenstraße 35; 45128 Essen. V.i.S.d.P. Heike Kretschmer
Telefon: (0201) 2069-325 – e-Mail: dielinke@rvr.ruhr – Internet: www.dielinke-rvr.de